

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tagl. Unterhaltungsbeilage Feder, Witten, Kunst
form der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringens monatlich 80 Pf.
Durch den Postbezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Czechoslovakien 3.00. — Preis für den Abnehmer des Monats- und Feiertags.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14. II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1763.
Veröffentlichung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Perzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voranz zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresden Volkszeitung.

Nr. 14.

Dresden, Mittwoch den 19. Januar 1910.

21. Jahrg.

Die Mansfelder Maschinengewehre vor dem Reichstage.

Wir haben uns mit der Tatsache abgefunden, daß zurzeit
an der Spitze der für die Sozialpolitik zuständigen Reichskommission
des Innern zwei Scherzwächer von reinster Kalte
stehen: der Staatssekretär Delbrück und noch mehr der Unter-
staatssekretär Dr. Richter. Sie arbeiten bewußt und planmäßig
darauf hin, daß ihnen anvertraute Amt von dem „Verdacht“ der
Arbeiterfreundlichkeit zu befreien, in den es früher, unter Vor-
behalt, wenn auch in beachtlichem Maße, gekommen war. Lassen
sie in ihrer Verwaltung keine Gelegenheit vorübergehen, um die Rechte
der Arbeiterklasse zu beschneiden, beschränken auch ihr parlamentarisches
Kulturreich jener Absicht. Mit offener Hand beschneiden sie die Rechte
der Staatssekretäre die ihm vorgelegten Interpellationen, indem
er von einem Blatt Papier abliest nicht zugehörige Erklärungen
ablieft, die sich regelmäßig auf überflüssige Erörterungen über
die „Zuständigkeit“ beziehen. Im Grunde genommen ist diese
Art zu antworten nicht minder verwerflich wie das hartnäckige
Schweigen des Reichskanzlers, der sich, man muß schon
sagen: natürlich, auch am Dienstag den 18. Januar wieder
der Verantwortung der sozialdemokratischen Interpellation über
die Verwendung von Militär zur Unterdrückung des Mansfelder
Streiks entzogen hatte.

Wir brauchen hier nicht noch einmal die Geschichte des
Riesentempels im Mansfelder Reviere zu erzählen: das aufregende
Schauspiel, wie eine von einer einzigen Gesellschaft abhängige,
jahrzehntlang durch konservative Bankiersgenossen geführte Arbeiter-
gesellschaft sich gegen unerbittlichen Druck entschloß und in wahrhaft
glänzender Selbstbeherrschung ruhig zur Wehr setzte, hastet unseren
Lesern noch im Gedächtnis. Sie finden auch in der an anderer
Stelle dieses Blattes abgedruckten Rede des Abgeordneten S a h l e
das Material, um sich noch einmal das grandiose Bild vor Augen
zu stellen.

Bei der Interpellation handelte es sich um die Frage, wie
das Konventionsrecht gegen militärische Unterdrückung sichergestellt
werden kann. Das ist natürlich nicht mit der Beratung auf
irgendeine alle Kompetenzbestimmung zu beantworten. Wir
werden in das Herz der ganzen Arbeiterfrage hineingeführt.
Nur wo der Hebel vor dem Selbstbestimmungsrecht mündiger
Männer zu einem unerklärlichen Grundgesetz der Verwaltung
geworden ist, wird die Gefahr vermieden werden können, daß
die ungeheuren Nachmittel des modernen Staates in einem Vorkampfe
einseitig zugunsten der Unternehmer eingesetzt werden.
Da dieser Hebel in unsern Verwaltungsbehörden nicht liegt, da
sie im Gegenteil nach dem Vorbilde des Delbrück, Bethmann,
Kroetz und Konowen in den Beamten und nun gar erst in den
Arbeitern eine zum Gehorham verpflichtete Klasse sehen, so ent-
scheidet das militärische Eingreifen in Arbeiterkämpfe dem heut-
herrschenden System einer Regierung, die nicht ist als der Aus-
schuß der großkapitalistischen und junkerlichen Klassen. Das deutsche
Volk muß alles daran setzen, um den Putschkronen ein für allemal
die planmäßige Beschränkung kapitalistischer Interessen und die
Wahrung der Arbeiterrechte auszutreiben. Das hat ihnen und
den bürgerlichen Parteien der Abgeordnete S a h l e auch noch Ge-
währe zu Gemüte geführt.

Da bei einer Interpellation keine Beschlüsse gefaßt werden,
so wäre die Verhandlung nach der Abrechnung und den verletzten
Entschuldigungsversuchen der Minister wohl ohne Interesse zu
regnen — denn die Kapuzinaden des konventionellen Aristokraten
Das Brandt, der sich nun auf einmal zu seinem blauen Entsetzen
durch die Sozialdemokratie in Wandsfeld bedroht sieht, sind belang-
los — wenn nicht der Zentrumsgewaltigen Dr. H e i t z e r, der
Führer der so genannten katholischen Hochherden, die Gelegen-
heit benutzt hätte, um der Sozialdemokratie in die Hände zu fallen.
Dieser würdige Arbeitervertreter, den sein Fraktionskollege G r e s-
b e i t s aus tiefer Kenntnis der Saken und Verionen als einen
Führer der Welken bezeugt hat, hielt es für anständig,
eine Stunde lang über angebliche Ausdrückungen der Mans-
felder Streikenden zu stutzen und dafür ausgerechnet die Sozial-
demokratie verantwortlich zu machen. Wir können dem Tropf
für diese Rede nur dankbar sein, beklagt sie doch wie ein
Schmeißer er seine eigene Arbeiterfreundlichkeit. Zur Sache selbst
ist zu bemerken, daß die Sozialdemokratie, wenn schon Aus-
drückungen vorgekommen wären, ganz gewiß nicht verant-
wortlich ist; sie hätte ja bisher so gut wie gar keinen Einfluß
auf die Mansfelder Bergarbeiter; die fanden unter dem Einfluß
der Plebscher, Kradt und ähnlicher „Potitionen“. Doch dieser
Einfluß nicht gering gewirkt hat, nimmt auch nach dem Kulturreich
des Arbeitervereins im Wandsfeld nicht wunder. Jedem
über kann der Arbeiterklasse ein offener und ehrlicher Feind sein,
als ein jeuitischer Schleicher und Judas von der Seite dieses
Hochherden. Ist dann können wir wirklich an eine Scher-
zung der Arbeiterrechte im Land wie im Reich denken, wenn
wir mit dieser Sorte von „Arbeiterfreunden“ ein für allemal auf-
gedacht haben.

Indiens Kampf.

In der letzten Hälfte des vergangenen Jahres hat Eng-
land manchen Verdruß an seinen indischen Untertanen erleben
müssen: Anfang Juli ermordete der junge indische Student
Dingara in London einen hohen englisch-indischen Beamten,
nicht lange darauf erfolgte ein Attentatsversuch gegen den Vice-
könig Earl of Minto in seiner indischen Residenz, im Anschluß
daran Attentate gegen indisch-englische Beamte in Indien, und
in der Weihnachtswoche wiederum wurde gewissermaßen als
blutige Glosierung des abgedroschenen Sanselwortes „Friede
auf Erden“ die Ermordung des englischen Konsultors Jackson
aus Bombay gemeldet.

Die Sozialdemokratie glorifiziert den politischen Nord
gewiß nicht. Wir wissen, daß mit der Vorseitigung einer Per-
sönlichkeit das in ihr verarbeitete System noch lange nicht fällt.
Aber wir lassen die Gedächtnis auf als eine Gemeinschaft
einander bekämpfender Klassen und Gruppen, aus denen
der Attentäter nur als Blüthenkinder einer menschlichen
Gruppe hervorgeht. Die Kassation bewahrt und bewahrt
dem politischen Attentäter von bürgerlich-moralischen Stand-
punkte aus zu studieren, da der politische Nord seinen Grund
nicht in einer besonderen Bosartigkeit des Täters, sondern in
der Bosartigkeit eines Systems hat. Darum halten wir auch
die Repressalien für lächerlich, die die englische Regierung jetzt
in Indien nach berechtigten Mustern anwendet. Aus Kalkutta
wird gemeldet, daß das Aufstandsgesetz über das ganze Britische
Indien ausgedehnt worden ist und daß als selbstverständliche
Golge der verhängte Bisefönig täglich Drohbrieffe erhält.

Es gehört schon die Kurzsichtigkeit einer modernen Re-
gierung dazu, um nicht einzusehen, daß die indische Krise nicht
mit Gewalttaten zu heilen ist. Schon der Sepoy-Aufstand von
1857 bewies mit Blut und Feuer, daß die ausgepörrten in-
dischen Völker erwachen, um die englische Ausbeuterherrschaft
abzuschütteln. Vom englischen Thron aus wurden damals
den annähernd 300 Millionen zählenden Indiern freilich die
Reformen angekündigt, ohne daß den Versprechungen ernst-
hafte Systemänderungen folgten. Das Stückchen lokaler
Selbstverwaltung, das noch besteht, wird durch die Allmacht des
Distriktsbeamten null und nichtig gemacht. Der englische
Sozialist Keir Hardie erzählt in einem Buche über Indien von
der Sitzung einer Lokalverwaltung in Madras, der er be-
zwohnte. Es handelte sich in dieser Sitzung um den Bau einer
Eisenbahn, für die die Volkvertreter die Bewilligung einer
passenden Schienenart vorgelesen hatten. Da aber die Re-
gierung eine große Menge unbrauchbarer Schienen beschaf-
fete, wurde die Lokalverwaltung gezwungen, sie der Regierung ab-
zukaufen. Der Distriktsbeamte, der in den Sitzungen dieser
Körperschaften stets den Vortritt führt, tröstete die Vertreter des
Volkes damit, daß sie die Schienen ja in dreißig Jahren wieder
aufzuteilen könnten!

Das Leitmotiv des indischen Kampfes jedoch sind
Hunger und Pein. Der von den englischen Grundbesitzern aus-
geübte indische Bauer trägt am Hungertode, keine Kräfte erlahmen
und das ataubalste Gewand, die Pein, hat ein leichtes Spiel mit ihm.
Die Regierung sagt, es sei die Rote und der auf ihre lebende
Fleisch, die an der Verbreitung der Pest schuld sind. Unter
Genosse Keir Hardie hat auch dieses Ratten- und Flohargument
gerissen, indem er in seinem Buche sagt, daß es die H u n g e r
a t t e und der R e g i e r u n g s f l o h sind, die das Unheil
ausbreiten. Genoss haben auch früher, bevor noch die Engländer
Indien besetzt hatten, Hungerkrisen und Epidemien in Indien
gemüht, aber das Unheil trat doch nicht so verheerend auf
wie heute, wo kapitalistische Methoden selbst in Zeiten der
Hungersnot Millionen von Tausenden aus dem Lande führen
und wo ein unendlich kostspieliger Veantennaparat
und ein gefährlicher Militarismus dem Volke jede Hoff-
nung auf Besserung in den letzten Erntejahren nehmen. Der
frühere indische Despot war schließlich doch ein Mensch, die
jetzige Regierung ist eine M a s c h i n e, die von London aus
in Bewegung gesetzt wird. Die früheren Herrscher hatten ein
Interesse daran, daß ihr Volk nicht verblute, und zogen ihre
Steuern, deren Höhe sich nach dem Ertrag der Ernte richtete,
in Naturalien ein; die jetzigen Grundbesitzer fordern eine G e l d -
s a h l u n g, und unter diesem System wird der indische Bauer
ärmer und ärmer.

Dazu kommt die Ausbeutung des städtischen Proletariats
durch die englische Industrie. Die Zahl der Fabriken und der
in ihnen beschäftigten Personen ist im letzten Jahrzehnt be-
deutend gestiegen. So die Baumwoll- und Juteabriken von
186 auf 217; die Goldminen von 17 auf 33, Eisenbergwerke
von 53 auf 74.

Der Trotz, mit dem sich der englische Imperialist über
die Proletarisierung und Ausbeutung Indiens hinwegsetzt,
ist dieselbe Behauptung, die die Kapitalisten aller Länder für
ihre Kolonialpolitik auf der Platte haben: daß man den Ein-
geborenen die Kultur gebracht habe. Die besten Kenner Indiens
dagegen versichern, daß das Schulwesen unter dem alten
Terrorismus mit seiner Schule, Versammlung und Gericht, als
der Regierungsbewandte noch nicht alle die verschiedenen Funk-
tionen in sich aufgeschlossen hatte, ein weit besseres war als heute.
Nimmerhin hatte die Errichtung englischer Schulen ein Gutes;
ein Teil der indischen Jugend wurde in die Gedankenwelt des

Westens eingeführt. Außerdem weckte die wirtschaftliche Um-
wälzung den Geist und erhöhte das Selbstbewußtsein der ge-
bildeten und wohlhabenden Hindu, die nach und nach das Ent-
würdigende und Drückende der Fremdherrschaft einsehen und
eine Reformbewegung ins Leben riefen. Die englische Sprache,
die die jungen Leute der an Sprache und Kultur vertriebenen
Völkerklassen in den Schulen lernten, gab ihnen das Mittel,
sich zu verständigen, gemeinsame politische Ideale und eine
nationalistische Presse zu entwickeln. Die Vertreter dieser
Schichten kommen seit mehr als zwanzig Jahren zu Kongressen
zusammen, wo sie ihre Wünsche formulieren und beschreiben.
In den letzten vier Jahren sind diese Wünsche schärfer und
revolutionärer geworden. Zwar gibt es auch in Indien ge-
mäßigte Reformen und Revolutionäre, allen gemeinsam jedoch
ist der Haß gegen die jetzige Regierungswelt. So konnte es
kommen, daß erst kürzlich einer unserer englischen Genossen
eine Agitationsreise durch Indien unternahm und daß seine
Versammlungen von indischen Intellektuellen und Proletariats
gefällt waren; ein Publikum, das die befreiende sozialistische
Idee mit Begeisterung hinnahm.

Die kapitalistische Fremdherrschaft hat die indischen
Völker in Bewegung gesetzt wie längst erst ihre asiatischen
Nachbarn, die Japaner, Chinesen, Perser. Und wenn die
englische Regierung wohlfeile liberale Reformversprechungen
nicht bald verwirklicht, wird im alten Reich der Brahmanen
noch manche revolutionäre Tat geboren werden.

Kalkutta, 18. Januar. Beim Einmarsch eines Eng-
lischen Regiments wurden verhaftet. Sie sollen indische
Revolutionäre ins Regiment eingeschmuggelt haben. Die Straf-
verurteilung des Regiments erfolgt wahrscheinlich nach dem
oben der Insel Berlin.

Deutsches Reich.

Vom deutsch-portugiesischen Handelsvertrag.

Die portugiesische Regierung läßt das Gerücht dementieren,
sie beabsichtige eine Änderung des deutsch-portugiesischen Handels-
vertrages zugunsten Deutschlands. Das B. L. D. meldet aus
Lissabon: Gegen den Lissaboner Diario de Noticias, der in
einer Berliner Chronik Deutschland empfohlen hatte, erneut mit
Portugal über die Revision des Handelsvertrages in Verbindung
zu treten, schreibt das amtliche Organ des gegenwärtigen portu-
giesischen Ministeriums Correio de Notte: Wir sind zu der
Erklärung ermächtigt, daß die portugiesische Regierung niemals
daran gedacht hat, die dem Handelsvertrag mit Deutschland be-
stehenden Tarife zu ändern oder die einer Erhöhung der Zoll-
gebühren in Tariff A gezogenen Grenzen herabzusetzen. Die in die
Öffentlichkeit gelangten Informationen über eine Bereitwilligkeit
zur Abänderung des Tariffs A oder irgendeines anderen Ver-
tragspunktes sind unbegründet.

Südwestafrikanische Eisenbahnfragen.

In der Budgetkommission des Reichstages han-
deln am Dienstag die Bahnfragen in Südwestafrika zur Verhand-
lung. Der Reichstagsrat über die Uebernahme der
Bahnstrecke der Otaviabahn, des Ausbaues der Strecke Karibib-
Windhub und der Fortsetzung des Baues der Nordbahn zugleich
Windhub und Heringshaagen, die bei Süd ungefähr den Zu-
sammenstoß bilden sollen. Die jetzige Bahn Karibib-
Windhub sei gar keine Bahn, höchstens eine Karibibbahn. Der Reichstagsrat
schloß vor, diese durch das Abhängige in Windhub auf das dortige
Stationsvorhaben zu führen. Zum Erfolg verlangt die Regierung
den Ankauf der Otaviabahn. Der Staatssekretär möge den
Vertrag vortragen. Man verlange von anderer Seite eine andere
Regelung, als durch Kauf und Weiterverpachtung. Ein Bedenken
erregte die 60-Zentimeter-Spur trotz aller sonstigen guten Eigen-
schaften der Bahn. Reichlich steht der Vertrag die Herstellung einer
britten Schiene vor, die dann die Karibibbahn herstelle. Gegen den
Ankauf der Strecke Karibib-Windhub sei wohl niemand. Dieser
sowie der Bau des nördlichen Teiles der Nordbahn werden durch
denselben Unternehmer ausgeführt, während der Bau des südlichen
Teiles der letzten Bahn durch einen anderen Unternehmer erfolgen
soll. Hiermit erklärt sich der Reichstagsrat einverstanden, ebenso der
Reichstagsrat.

Darauf nahm Staatssekretär D e r n b u r g zu längeren Aus-
führungen das Wort. Die moralische Wirkung der Diamantenfrage
sei keine sehr erwünschte, da Spekulationsfieber an Stelle der Re-
beitslust trete und das Rechtsgefühl verliere werde. Es solle der
Erwerb aus den Diamanten der gesamten Kolonie, nicht den Dia-
mantengegenden allein zugute kommen. Es müßten die für Befeh-
lung des Landes verteilten Bahnen gebaut werden. Der
Diamantenerwerb könne ein Ende nehmen. Man
habe gefunden, daß Konzeptionen und Monopole nicht
zum Vorteil des Schutzbereiches vorgehen seien;
das Schutzbereich von allem aber sei die Otaviabahn, und Tamaritabahn-
Kommission. Wenn 47 Jahre über man noch in den Händen der Die-
bstahl und 10 Prozent Reinertrag sei ihr außerdem gezahlt. Sie
lege die Tarife nach eigenem Ermessen fest, dabei für sich selbst so
niedrig, daß die 10 Prozent, bei denen Ueberlieferung eine Quasi-
leistung der Tarife vorgegeben sei, von anderen bezahlt werden müßten.
Die Regierung beabsichtigt die Erlangung dieser Tarife, wobei die
Mineralprodukte nicht bezugsfähig müßten. Das Reich würde ein gutes
Geschäft, es bekomme eine gute Bahn, käufe ein Tarifmonopol fort,
ermöglichte die Finanzierung der Nordbahn und erhöhte 4% Bei-
halten in zehn Jahren; was da der andere etwa verliere, sei gleich-
gültig.

Ein Vertreter der Nationalliberalen wünschte grund-
sätzlich die Erneuerung aller Kolonialbahnen. Viel mehr wäre wohl

Vier Reste-Tage!

Donnerstag — Freitag — Sonnabend — Montag

Die in letzter Zeit sich angesammelten Reste und Coupons werden an diesen vier Tagen zu **aussergewöhnlich billigen** Preisen verkauft

| | | |
|--|--|--|
| <p>Reste Handtuch - Gerstenkorn, Halbleinwand Handtuchdreifach, Ungebleicht Nassol, Hemdentuch, Hemdenbarbent, Weisser Körperbarbent, Futterstoffe, Kleiderkattun, Bunte Scheiben - Gardinen</p> <p>28 Pf. im Rest per Meter</p> | <p>Reste Reinforcé, Hemdentuch, Blusenflanell, Bunt Negligé- Barbent, Gardinenstoffe, Möbel - retonne, Bunte Wasenstoff - f. Blusen und Herrenhemden, Musseline im. und Cotelä, Kleider - Velour, Weiss und ungebleicht Hemdenbarbent, Handtuchdreifach, Dowlas</p> <p>38 Pf. im Rest per Meter</p> | <p>Reste Gardinenstoff, Möbelkrepp, Gemusterten weiss Batist, Wiener Schürzenleinen im. Kleider - Velours, Crosi - Barbent, Stangenleinen, Macotuch, Pa Westfäl. Handtuchdreifach, Karierte Bettbezüge, Wollmusseline, Blusenflanelle, Lanon</p> <p>48 Pf. im Rest per Meter</p> |
| <p>Reste Blusen - Tennis, Wasche- Batist, Eider - Barbent, Weisse engl. Tall-Gardinen, Stangen - Leinen, Kleider- Zephir im., Möbel - Krepp, Woll - Musseline, Weiss Bettbarbent, Rot Bett-Inlett, Kleider - Gingham</p> <p>60 Pf. im Rest per Meter</p> | <p>Reste 160 cm breit Bettuchnessel, 150 cm breit Dowlas, 130 cm breit Bettuch kar., 130 cm breit Damast, 130 cm breit Stangen - Leinen, Gardinen- Stoffe, Madras - Stoffe, Orzandys, Echt engl. Seiden- Batist, Eiderflanell - Barbent, Wolle - Portieren - Stoffe, Weiss - Pikee</p> <p>75 Pf. im Rest per Meter</p> | <p>Reste Vitragen - Damast, Kokos - Läufer, Läufer - Stoffe, Gardinen - Stoffe, 130 cm breit Stangen - Leinen, Reinwollener Rock - Flanell, 100 cm br. Bettuch - Cretonne, Schweren weissen Pikee, 130 cm breit Lanon, 150 cm br. Bettuch - Halbleinen</p> <p>95 Pf. im Rest per Meter</p> |

Reste Kleiderstoffe

für Kleider, Blusen, Kostümröcke und Kinderkleider.

| | | | |
|---|--|--|---|
| <p>Serie I Kleiderstoffe Reste 65 Pf. sonst bis 1.65 im Rest per Meter</p> | <p>Serie II Kleiderstoffe Reste 95 Pf. sonst bis 2.10 im Rest per Meter</p> | <p>Serie III Kleiderstoffe Reste 125 Pf. sonst bis 2.50 im Rest per Meter</p> | <p>Serie IV Kleiderstoffe Reste 175 Pf. sonst bis 4.00 im Rest per Meter</p> |
|---|--|--|---|

Spitzen- u. Besatz-Reste trotz der schon bedeutend erhöhten Preise mit 20 Proz. Rabatt.

Stickerel-Reste u. Coupons a 4/10 Meter, nur prima Madapolam-Qualitäten, zu enorm billigen Preisen.

ALSBERG

Vereine, Gastwirte!

Rowler, Varieté, Gesellschaften, Klavierpieler für Festlichkeiten aller Art. Kur Landhausstraße 4, Dresden 1884.
Freie Vereinigung Dresdner Artisten und Klavierspieler.

Die Frau und der Sozialismus

von August Bebel.
50. verbesserte, vermehrte und neu bearbeitete Jubiläums-Ausgabe.
Preis gebunden 3.- M.

Vollständigung, Dresden, Gross-Zwingerstrasse 14.

Nadeberg. Kino-Metropol-Theater

Programm vom 19. bis 25. Januar:
1. Reise nach Herbenjanzel. Aktual.
2. Die Ordnungsgen. Fritz. Drama.
3. Die Wälder. Operette.
4. Ich habe dich ja nie verlassen. Sprechend-Drama.
5. Das Holzhäutchen der Jungfrau. Komödie.
6. Guten und Gebraute in Indien. Komödie.
7. Zombi. Schöner, edler auf der Oper: Baronesse.
8. Die Wälder. Herrliches Kostümbild.
Es laßt erwarten ein
Eug. Borkert.

Restaur. Otto Jurk

Schäferstrasse 52
empfehlen sich hier gebr. Arbeiterkaffee.
Zentrifuge
Die Schickler: ich will sie verkaufen. C. H. um. D. N. 8636 an Rudolf Kelle, Dresden.



Humor. Kopfbedeckungen
= für Vereine und Hochzeiten =
100 Stück von 1.- M. an.
= Flammenfächer Girlanden =
Mantel, Schürze u. Robenartikel
= in 1-20 neue Muster.
Jubiläumsgeschenke mit beland
billigen Fabrikpreisen
gratis und gratis.

Ludwig Philippsohn
Eckstr. 26. I. Telefon 600

Basthof zu Schönborn.

Dienstag den 25. Januar
Gr. öffentl. Maskenball
in den festlich dekorierten Räumen.
Es spielen abwechselnd zwei Musikkorps.
Einlaß 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr.
Zeremonie 11 Uhr. — Masken - Garderobe im Hause.
Es laßt ganz eigentl. ein
E. Schmiedgen.
Karten à 1 M. sind zu haben bei Paul Schneider, Bergstr. 2, Dresden.

Für weitere nähere Abkommen bei Gitta, Bergstr. 2, Dresden.
besiedelt Sadiwalsky, Hamburger Strasse, bei, auf den
hiermit hinweisen.
Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Robert G. G. Dresden-Kingstrasse.
Verantwortlich für den Anzeigenenteil:
Robert G. G. Dresden-Kingstrasse.
Druck und Verlag: Wobben u. Wobben, Dresden.

Weschlechtskrankheiten und Ehe.

Als Ursache der zeitlichen Wechsellagung der Geschlechtskrankheiten...

Die Wechsellagung hat allerdings in neuerer Zeit ein Mittel vorzuziehen...

In diesem Falle darf leidlich verständlich keine Anzeichen der Gefahr...

Folgieinsparregel über Armenpflege.

Ein seit längerer Zeit in Leipzig ausdillender Russe wurde...

Wahrgelienheit zur Fädenangeheile.

In den Räumen der offenen Verkaufsstellen, in welchen die Hundstöße...

Grundstückswander.

Zu den Gemeldeten am Verlin, die bläher die Notwendigkeit...

Kommunale Jugendfürsorge.

Die Stadtverordnetenversammlung zu Magdeburg beschloß auf...

Hasäse auf der Straße. Nachst gegen 12 Uhr fand auf der Viktoriastraße...

Die Straßenbahn im Stadtparlament. Der morgen Sonntag abend (Beginn 7 Uhr) stattfindenden Sitzung...

Der Kontrollen des Amtsrathes. Im letzten Prüfungstermin im Kontrollen...

Der Postheatersproch, Verledigungslage des Volkstheaters Berger gegen die...

Obervergericht.

Die Bierpreiserhöhungen waren der Anlaß zu zwei Klagen, die der...

gang bedeutend vermindert worden. Zum das Attackerwerden der...

In der zweiten Klage ist das Obervericht ein bedeutend höherer...

Kaufmannsgericht.

Wegen seiner übermäßigen Sportleidenschaft, die ihn einige Male...

Der Leibschlichter Brunzel befindet sich in der Spinnmühlstraße...

Sonderbare Ansuchen über die Annahme und Ausübung von Lehrlingen...

Die Bekleidungsrechnerin Solder hat sich am 5. Januar genant...

Was der Unnebung.

Niederhählich. Zu dem am 15. Januar in einem Tride auf...

Postkoppel. Heute Mittwoch, abends 7 Uhr, findet im Stund...

Groszkadawie. Infolge besonderer Umstände befragt der...

Die b...

Die b...

Die b...

Die b...

2. Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 14.

Dresden, Mittwoch den 19. Januar 1910.

21. Jahrgang.

Sächsischer Landtag.

II. Kammer.

Sitzung vom 18. Januar, vormittags 10 Uhr.
(Schluß.)

Abg. Pannaschauer (natl.): Wenn wir den Ausführungen des Herrnhuter folgen, dann schärfen wir unter Reden der Kritik ein. Der Abg. Gumbert hat seinen Vorwurf gegen die Reichsdeputation richten wollen. Ich bin für Zurückweisung der Sache, zumal auch nach den Ausführungen des Ministers die Überprüfungen noch nicht genügend geklärt sind. Ich muß aber auch meine Vermutung darüber äußern, daß der Minister des Innern, der hier die Sache zu vertreten hat, nicht erschienen ist. Es ist hier auch wiederholt betont worden, daß der Reichstag in Berlin sehr viele geschäftliche Verpflichtungen zu erfüllen hat. Dies sollte aber dann wenigstens schriftlich geäußert werden, das heißt aber gegenüber den Vertretern der linksstehenden Parteien nicht erfüllt zu werden.

Abg. Dr. Pöhlert (konf.): Ich will mich nicht an dem Standpunkt des Abg. Pannaschauer, es handle sich um die Revisionen früher gefasster Beschlüsse. Eine Zurückweisung der Sache an die Deputation ist nicht notwendig nach den Erklärungen des Ministers, auch würde sie zu keinem andern Ergebnis führen.

Abg. Gumbert erklärt, seine Ausführungen hätten keinen Vorwurf gegen die Deputation enthalten, auch habe er nicht politische noch prinzipielle Fragen aufgeworfen, sondern nur sachliche Rückfragen erhoben wollen.

Abg. Bauer (natl.): hält die Geschäftsverteilung, die Sachverhalte unterhalb, für notwendig, wenn sie ihre Aufgaben richtig erfüllen.

Abg. Zimmermann (Soz.): Wenn die Vertreter derjenigen Parteien, die sich jetzt so äußern über das Verfahren der Reichsdeputation, bei den Staatsräten und uns gegen diese Kapitel stimmen, sind solche Taten überhaupt nicht nötig. Man habe sich hier mit einem Demagogentum zu tun. Wenn der Abgeordnete sich Zurückhaltung bei diesen Reichsdeputationen auferlegt, um keine grundsätzliche Stellung bei den Staatsräten zum Ausdruck zu bringen, dann ist er noch nicht ein freiwilliger Regierungskommissar. Wir sind nicht immer mit der Regierung einverstanden und können es deshalb, wenn wir es einmal sein können (Rechts), da sie ja nicht immer mit vernünftigen Sachen kommt. Wir erkennen an, daß der Reichstag sehr gefassten ist, und bitten nur die Regierung, dies zu beachten bei den Beratungen über die Erhöhung der Staatsbeamtengehälter und Arbeiterlöhne. Wir werden also bei den Staatsräten unsere grundsätzliche Stellung zum Ausdruck bringen, folgen Sie dann unserer Forderung, so wird mit einem Schlag die ganze Materie beigegeben. Wir können nicht einsehen, daß die Reichsdeputation im Interesse des Volkes liegt und das Staatswohl nach außen fördern.

Vizepräsident Cypis (konf.):

wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Gumbert.

Abg. Dr. Dietel (frei):

kann nicht folgen, wie es sich im vorliegenden Falle um die Konvention früher gefasster Beschlüsse handelt. Die Zurückweisung der Kapitel an die Reichsdeputation hat den Zweck, daß die präparierte Aufgabenteilung vorgelegt wird, aus der zu ersehen ist, in welcher Weise sich die Summe zusammensetzt. Wenn die Reichsdeputation gleich mit den Sozialdemokraten bei der Staatsräte gegen diese Kapitel stimmen wollten, dann würden damit noch lange nicht die Reichsdeputationen aus der Welt geschafft sein.

Abg. Reimer (natl.):

reklamiert nochmals seinen Antrag auf Zurückweisung an die Reichsdeputation.

Geh. Legationsrat v. Stieglitz

entschuldigt das Fernbleiben des Ministers des Innern bei den heutigen Kammerdebatten damit, daß dieser durch andere dringende Geschäfte abgehalten sei. Das sei auch der Grund, daß das betreffende Material nicht zur Stelle ist.

Darauf werden die Kapitel 102 und 103 gegen die Stimmen der Konservativen an die Reichsdeputation zurücküberwiesen.

Zuletzt werden die Staatsüberweisungen bei Kapitel 106 (Beziehung Sachsen im Bundesrat) mit 2905,17 Mark und bei Kapitel 109a (Dotationen) mit 277,89 Mk. nachträglich bewilligt.

Es folgen die Beratungen über einige Kapitel des ordentlichen Etats für 1910/11. Nach dem Antrag des Reichsdeputationsführers **Abg. Siermann (Soz.)** werden bei Kapitel 90 — Frauenklinik und Hebammenlehranstalt zu Dresden — die Einnahmen mit 63.500 Mk. und die Ausgaben mit 284.718 Mk. ohne Debatte bewilligt, bezugnehmend auf den Bericht des **Abg. Müller (Soz.)** bei Kapitel 71 — Verwaltung des neu erbauten Ministerialgebäudes in Dresden — der Vorlage über die Ausgaben mit 70.758 Mk.

Zu längerer und lebhaften Debatten führen die Berichte der Finanzdeputation über Kapitel 88, 89 und 90, betreffend das **Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts.**

Es wird beantragt, bei Kapitel 88 (Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts) die Einnahmen mit 6760 Mk. und die Ausgaben mit 378.643 Mk., bei Kapitel 89 (evangelisch-lutherisches Landesinstitut) die Einnahmen mit 220 Mk. und die Ausgaben mit 183.400 Mk. und bei Kapitel 90 (katholisch-geistliche Behörden) die Einnahmen mit 700 Mk. und die Ausgaben mit 13.270 Mk. zu bewilligen.

Abg. Hübner (Soz.):

Die Genehmigung dieser Kapitel ist in der Debatte gegen 5 Stimmen ausgesprochen worden, nämlich gegen die Stimmen meiner Parteigenossen. Wir werden deshalb auch im Plenum dagegen stimmen und ebenso auch gegen die folgenden beiden Kapitel. Was das Ministerium des Kultus und des Unterrichts anbelangt, so werden wir mit einem gewissen Bedauern dagegen stimmen, weil mit den Kultusangelegenheiten die Unterrichtsverwaltung zusammenhängt, aber wir sind nicht dafür verantwortlich, daß diese beiden Kapitel zusammengelegt worden sind. Dagegen ist auch ein Antrag, denn während die Unterrichtsverwaltung den geringen Fortschritt mit sich bringt, das Kultusministerium das entgegengelegte Ziel. Die Unterrichtsverwaltung werde zum Schaden des Volkes von den kirchlichen Interessen beeinflusst. Es ist deshalb für eine Unterrichtsverwaltung stimmen können, kommt ganz darauf an, wie sie ihre Aufgabe auffaßt und nach welchen Prinzipien sie regiert. Auf untere grundsätzliche Stellung zur Volksschule werden wir bei anderer Gelegenheit eingehen, ich will heute nur betonen, daß wir bei der Neuorganisation des Volksschulwesens verlangen, daß allen Kindern, ohne Rücksicht auf die Zahlungsfähigkeit der Eltern, die Möglichkeit der höheren Bildungsbarten eingeräumt wird. Es muß auch erwartet werden, daß die Volksschuleform der jetzigen Zusammenlegung der Klassen entspricht, die Volksschule ist ja im Reichstag, den die sozialdemokratische Fraktion unterstütztes unterhalten wird. Die Volksschuleform soll ein ganzes Werk sein, indem sie alle meine Forderungen hierauf jetzt erfüllt.

Das Sparen an der Volksschule bedeutet jedoch ein Sparen an der Zukunft des Volkes. Der Kultusminister hat sich erst nach

gegen die Hebernahme der Löhne der Volksschule auf den Staat erklärt, tatsächlich aber hat er nicht einmal einen entsprechenden Antrag beim Finanzminister gestellt. Es ist nur zu wünschen, daß der Kultusminister mehr Budget gegenüber dem Finanzminister zeigt. Das ist aber nicht der Fall, und kann so lange nicht der Fall sein, als der Kultusminister Behauptungen vor der rechten Seite dieses Hauses macht. Man muß sich wirklich fragen, wer eigentlich Kultusminister ist, der Finanzminister oder der Kultusminister. Während man also auf dem Gebiete des Unterrichts, besonders der Volksschule spart, so man auf der anderen Seite, auf dem Gebiete der Arbeit, außerordentlich freigebig. Der Kultusminister hat für die Notwendigkeit der Arbeit auf die Jugend und das Auswachen der Kriminalität hingewiesen. Wenn dem so wäre, dann würde damit dem Religionsunterricht das höchste Zeugnis ausgestellt. Aber ich muß auch dagegen Verwahrung erheben, als ob das Volk und die Jugend besonders zum Verbrechensstudium neigten. Die Kirche hat zur Bekämpfung der Verbrechen außer nichts getan, die Verbrechen sind in der Vergangenheit und der Zukunft bestehen. Sie auch nichts in dieser Beziehung erreichen. Der heutige Religionsunterricht in der Volksschule führt die Jugend geradezu von der Religion ab. Nur durch eine weitere Weiterbildung ist hier etwas zu erreichen, aber inwiefern verläßt die Kirche alles. Schreiben die Arbeiter dazu, sich Bildungsmöglichkeiten zu schaffen und Jugendorganisationen zu gründen, dann greift der Staat ein und mahngelgt die Jugendorganisationen mit Zustimmung der Unterrichtsverwaltung. Statt die Jugendorganisationen zu bekämpfen, sollte man sie, da der Staat der Jugendlichen gegen ihre Ausbeutung durch die Unternehmer angeht, unterstützen und fördern.

Wir erleben es in Preußen auch jetzt, daß man dort die Jugendorganisationen in rigorosster Weise bekämpft. Der Kultusminister hat gesagt, es sei nicht richtig, daß die Kirche die Interessen der Jugendlichen verfolge, sondern daß sie für die Mühseligen und Bedrückten gekämpfe, für die man sie gegenüber ist, darauf einzugehen, will ich mir vorbehalten. Betrachten wir nur, wie sie sich verhalten hat, und da ergibt sich eben, daß sie eine Institution im Interesse der bestehenden Klasse ist. Die vielen Kirchenbauten entsprechen nicht den Bedürfnissen des Volkes, sondern denen der Kirche, für die Gemeinden bedeuten sie aber eine große Last. (Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten. Wir sind also nicht in der Lage, für die Kirche etwas zu bewilligen, weil sie nicht für das lebende Volk tut, dieses muß sich seine Verbesserung selbst erkämpfen. Wir brauchen nicht ein Ministerium der geistlichen Verwaltung, sondern ein Ministerium der geistlichen Aufklärung und des Kulturfortschritts! (Anrufe rechts, Weisfall links.)

Abg. Dörs (freif.):

bittet die Staatsregierung um Einsetzung eines sachverständigen Beirats bei Ausarbeitung des Volksschulgesetzes.

Abg. Reimer (natl.):

unterstützt diesen Antrag und bittet die Regierung, die Vertretung des Gewerks nach Möglichkeit zu beschleunigen und ihn nach der Vertretung sofort der öffentlichen Kritik zu unterbreiten. Der Entwurf ist so wichtig, daß alle Kräfte des Volkes dabei mitwirken sollten. Ich wünsche auch, daß die Regierung die dem früheren Landtag aufgestellten Grundzüge beibehält und in einzelnen Punkten sogar noch etwas weiter geht. Wenn der Abg. Hübner meint, wir wollen nicht ein Ministerium der geistlichen Verwaltung, sondern ein solches des geistlichen Fortschritts, so können wir dem durchaus zustimmen, soweit darin aber ein Vorwurf gegen das Kultusministerium enthalten sein sollte, behalte dies eine strenge Vermeidung weiterer Verweise, die ich sehr entschieden zurückweisen muß. An unterer Religion halten viele Kreise fest, wir können und wollen ihnen die Religion nicht nehmen. Richtig ist, daß unter kirchlichem Leben etwas erstarrt ist, und daß der dringende Wunsch besteht, daß sich unsere evangelische Kirche den neuen, modernen Vorstellungen anpasst, daß sie nicht nur duldsamer wird gegen Andersgläubige, sondern auch gegen ihre eigenen Anhänger, die nicht ganz dem Leben des strengen Christentums folgen. Dadurch würde die Kirche immer mehr erstarrt, dann würde es auch nicht mehr nötig sein, solche unbedachte Angriffe, wie sie von dem Abg. Hübner wieder gegen unsere Kirche geschickt, zurückzuweisen. (Anrufe auf der äußersten Linken.) Die Behauptung, daß der heutige Religionsunterricht den Kindern die Religion verbohrt mache, ist eine außerordentlich schwere Beschuldigung der Behörde. (Sehr richtig!) Rechts und in der Mitte. (Gezogene Zwischenrufe links.) Ich bin also dafür, daß der Religionsunterricht etwas freier gehalten wird, daß aber die Verfassung und das Leben Christi in den Mittelpunkt unseres Religionsunterrichts gestellt wird. Ich erkenne das Bildungsziel der Hebernahme an, auch daß seitens der Sozialdemokratie viel für die Arbeiterbildung geschieht, aber dies alles würde umsonst sein, wenn die Volksschule nicht den Grund lege. Wenn die Jugendorganisationen keinen anderen Zweck hätten, als bloß zu bilden, dann würde es keinem Menschen einfallen, gegen diese einzuschreiten, aber sie werden von ihnen (zu der äußersten Linken gewendet) benutzt, um das Volk und die Jugend gegen die bestehende Gesellschaftsordnung einzuschleichen. (Stürmischer Weisfall rechts und in der Mitte. Weisfall links. Anruf Reimer.) Waren Sie schon mal da? Und wenn die staatlichen Behörden gegen solche Jugendorganisationen einschreiten, dann kann man ihnen dafür nur dankbar sein. (Anruf rechts, Zwischenrufe: Das ist liberal!) Wir können nicht dulden, daß der Jugend ein Gift eingebracht wird, das geeignet ist, sie im späteren Leben mit ihrer Erziehung in der Schule in Konflikt zu bringen. Was Sie unter Ausbeutung durch die Unternehmer verstehen, ist noch lange kein, sondern in vielen Fällen nur eine richtige Verneinung der menschlichen Arbeitskraft.

Abg. Reimling (Soz.):

Was die Jugendorganisationen anbelangt, so kann ich, da ich mehrere Jahre lang an der Spitze einer solchen stehen habe, wohl am besten ein Urteil über sie abgeben. Wenn der Herrnhuter gesagt hat, daß sie nur gekämpft worden sind, um die Jugend gegen die Unternehmer und die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu kämpfen zu machen, so beweist dies nur, daß er keine Ahnung von den Dingen hat, mit denen sich die Jugendorganisationen beschäftigen. (Sehr richtig!) Bei den Sozialdemokraten. (Anruf rechts.) Sie beschäftigen sich niemals mit politischen Angelegenheiten, sonst würde ja die Politik, und besonders in unserem sächsischen Volksgenossen, läugeln eingeschleichen sein. Als die Auflösung der Berliner Jugendorganisation erfolgte, wurde zur selben Zeit in Potsdam von der Jugendorganisation eine Versammlung mit dem Thema: Die Volksschule abgehalten, ohne daß die Polizei eingeschritten wäre, aber es handelte sich hier auch um eine Jugendorganisation, die den Namen evangelischer Bundesverein trägt. Die evangelischen Bundesvereine verfolgen nur die Interessen der bestehenden Klassen; wenn wir deshalb in unseren Jugendorganisationen die Ziele und Bestrebungen verfolgen, die wir für Ideale halten, dann gehen wir nicht über die uns durch das Reichsdeputationsgesetz gesetzten Grenzen hinaus. Im Laufe seiner weiteren Ausführungen bezieht sich Herrnhuter auf den **Leipziger Tendenzprofessor**

und der Haltung des sächsischen Kultusministers hierzu. Dr. Streifmann, Reichstagsabgeordneter und Mitglied des Reichstages, hat sich später herausgestellt hat, wiederum stark geklärt, als er in der Debatte mit dem Kultusminister behauptete, es handle sich um einen Wunsch sächsischer Industrieller. Tatsächlich gehörte dem Verein für soziale Wirtschaftsförderung, der die Tendenzprofessoren beauftragt, kein sächsischer Industrieller an. Soweit er an der ganzen Sache interessiert ist, hätte man erwarten sollen, der Kultusminister hätte die Pflicht gehabt, mit aller Entschiedenheit das Ansehen eines Tendenzprofessors zurückzuweisen, wie es seitens des Senats der Leipziger Universität geschähe ist. Der Kultusminister hätte sich auf Grund des Materials auch ein Urteil über den Verein für soziale Wirtschaftsförderung bilden können, trotzdem hat er erklärt, man solle es versuchen, den Professor Ehrenberg an einer Handelshochschule, die ihm gar nicht unterstellt sei, eine Stelle zu verschaffen. Der Minister hätte aber auch wissen müssen, was von der Wissenschaft des Professors Ehrenberg zu halten ist. Schon die Tatsache, daß sich dieser Herr mit einem Häufel von Großkapitalisten in Verbindung setzte, müßte ihn warnen machen. Dieser Herr sollte lieber seine Stellung an der Königer Universität aufgeben und dafür einen Posten in irgendeinem scharfmacher-Verbande annehmen. Die Universitäten sind ja schon heute nicht mehr als ein Herrschaftsmittel der bestehenden Klasse und der bestehenden Demokratie, wie der Herr Herr gegen hat. Das Schicksal ist nur, daß die Professoren an der Berliner Universität sich mit einem solchen Verfahren einverstanden erklären. (Vizepräsident Cypis erhebt den Redner, bevor er überzugehen beginnt, gegen die Studenten auf Veranstaltung der Professoren den bürgerlichen Parteien Schleppe Dienste leisten müssen. Die Arbeiterklasse hat alle Veranlassung, sich dagegen zu wenden, daß die Universitäten zu einer Verwirklichung des scharfmacher-Verbandes umgewandelt werden, wenn wir auch dem Arbeiterverstandesstandes standhaft gegenüberstehen. (Weisfall bei den Sozialdemokraten.)

Kultusminister Dr. Wed

wirkt dem Abg. Hübner entgegen in seinen Ausführungen vor. er hat die Beweise für die Richtigkeit seiner Behauptungen weit und weit den Anzügen herbeizuführen müssen. (Zustimmung rechts.) Der Herr Abg. Hübner hat eben keine Ahnung von dem Zustandekommen des Etats (große Heiterkeit), ich erlaube mir in erster Linie als Kultusminister, dann aber auch als Staatsminister, und habe deshalb auch allgemeine Interessen wahrzunehmen; ich kann mich mit dem Kopf durch die Wand rennen. (Weisfall rechts.) Sie (zu dem äußeren Linken gewendet) besagen sich immer so stark über die Launen des Volkes, nimmt aber die Regierung hierauf Rücksicht, so schreiben Sie sofort: Der Kultusminister erwidert die Aufgabe darin, die Anzügen in Ordnung zu halten. Demgegenüber will ich nur darauf hinweisen, daß trotz der gespannten Finanzlage eine Erhöhung der Einkünfte im Kultusetat um 34 Millionen Mark erfolgt ist, gemäß seiner Alleinigkeit für den Kultusminister, dies durchzuführen; ich habe auch nicht versucht, die Gehälter des Ministeriums unpopulär zu machen. (Weisfall links.) Der Herr Abg. Hübner hat auch heute wieder die Kirche in härtester Weise angegriffen und ich kann die Angriffe nur wie damals allerhöchsten zurückweisen. Der Minister bestritt weiter, daß die Kirche eine Schutztruppe der Besten ist. Wegen der Jugendorganisationen habe ich an sich nicht eingewunden, aber der Jugend wird dort aus dem Herzen herausgeschrieben, was die Schule hinauswünscht hat. (Weisfall links.) Sie verfahren, die Rechte unserer Jugend-erziehung in der Volksschule zu vernichten. (Stürmischer Weisfall rechts und in der Mitte, große Unruhe links.) Der Minister verliest einen Artikel der Leipziger Volkszeitung, der die Richtigkeit seiner Behauptungen beweisen soll. Richtig ist die Erziehung in der Volksschule ist schuld, wenn sich die Jugend von der Religion abwendet, sondern die Überprüfungen, in die die Jugend in jenen Organisationen mit Rücksicht auf ihre Erziehung in der Schule gebracht wird. (Sehr richtig!) Rechts. Das kirchliche Leben in Preußen im Wandel begriffen, wie die Berichte der inneren Mission beweisen.

Die Angriffe, die der Abg. Reimling mit Rücksicht auf die Leipziger Tendenzprofessoren gegen das Kultusministerium gerichtet hat, muß ich ebenfalls zurückweisen. Die Leipziger Universität ist der Glanz unseres engeren Vaterlandes. Die Wissenschaft ist überhaupt frei von Tendenzen. Wenn das alles richtig wäre, was der Abg. Reimling behauptet hat, dann müßte ich allerdings unter den Tisch kriechen. (Heiterkeit.) Als die Sache an mich herantrat, war für mich Professor Ehrenberg überhaupt noch eine unbekannte Größe. Herr Abg. Reimling hat insofern mit Annonen nach Spoken gesprochen. Die Volksschule hat mir verboten, das Schreiben des Herrn Dr. Streifmann einfach in den Papierkorb zu werfen, zumal das Schreiben die Unterirdischen von Männern aus den honorarlosen Kreisen trug. Ich habe es vielmehr für meine Pflicht gehalten, die Beschlüsse der Universität zu unterbreiten, um deren Meinung zu erfahren. Die philosophische Fakultät in Leipzig hat das Ansehen auch nicht mit Entrüstung zurückgewiesen, sondern sogar ihren Dank für ihre Geduld ausgesprochen. Wenn ich sie nicht gehört hätte, würde aus dem Tendenzprofessor ein Tendenzminister geworden sein. Material habe ich nicht mit Professor Ehrenberg ins Zeug gelegt, und als ich die Leipziger Universität nicht haben wollte, habe ich Herrn Dr. Streifmann beiläufig an die Handelshochschule verwiesen. Das Verhältnis zwischen dem Kultusministerium und der Leipziger Universität ist ein besonders vertrauensvolles. Ich hoffe, daß nach diesen meinen Ausführungen der Herr Abg. Reimling die Sache nun doch in einem anderen Lichte betrachten wird.

Abg. Dr. Cypis (konf.):

verteidigt die rechte Seite des Hauses gegen die Angriffe des Abg. Hübner. Die konservative Partei ist stets für die Förderung des Bildungswesens eingetreten. Die Sozialdemokratie habe bei den bisherigen Verhandlungen ein fremdliches Gesicht gezeigt und damit zuversprechende sogar betätigt. (Heiterkeit.) Es ist mir schon oft von Wählern die Frage vorgelegt worden: Die Herren machen sich wohl ganz hübsch! (Störende Zwischenrufe.) Im allgemeinen konnte man bisher auch zufrieden sein; heute sei es aber den Vertretern der Sozialdemokratie dankbar, daß sie wieder mal den besten Schächter des Volkes ihr wahres Gesicht gezeigt haben. (Weisfall rechts, Weisfall links.) Die Religion ist eben im Volk noch verbreitet, als der Abg. Hübner annimmt. Ein Beweis, daß über Jugendorganisationen politische Ziele verfolgt, ist, daß sie in Preußen aufzufließen worden sind. (Zustimmung rechts.) Lediglich Zwischenrufe auf der äußersten Linken. Unter Ihren Idealen, die Sie in die Herzen der Jugend pflanzen wollen, sind eben die sozialistischen Lehren zu verstehen. Man kann deshalb nur wünschen, daß man auch bei uns in Sachsen beweisen kann, daß diese Jugendorganisationen politische Ziele verfolgen, damit sie aufgelöst werden können. (Anruf rechts erregt Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. Der Vizepräsident wird wegen wiederholter Unterbrechungen des Redners vom Vizepräsidenten zur Ordnung gerufen.)

Abg. Reimer (Soz.):

zur Geschäftsförderung: Der Herr Präsident hat bereits erklärt, daß er sich alle Zwischenrufe verbiete. Ich muß nun darauf hinweisen, daß noch unter Redner auch von den Gegenparteien unterbrochen worden sind. Solche Zwischenrufe sind aber in allen anderen Parlamenten üblich und gebräuchlich. Es erscheint mir deshalb nicht

Auf Kurras Einget (Eos) befindet das Haus die ...

Die Arbeit ... auch ist mir nicht, das kein ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

erfolgte, sind zahlreich und hierbei hat die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abkommen der Volksgemeinschaft waren von den ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Parteiangelegenheiten

Die außerordentliche Landesversammlung der ...

Am Sonntag (16. Januar) in Offenbach statt. Anwesend ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Briefkasten.

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Verammlungen.

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Abg. ... (Eos) ... die ...

Victoria-Salon. Kle. Malbar. Tänzerin: Grete Gallas. ...

KLEINE KIOS - CIGARETTE. 2 1/2 & 3 1/2. ...

Stadt Amsterdam, Laubegast. Vom 1. Februar an: 1 1/2

